

## Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

### Verantwortungsvoll handeln

Ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl hat Deutschland nun endlich wieder eine neue Regierung! Insbesondere die SPD hat sich schwer getan, Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Aber auch in der CDU hielt sich die Begeisterung für eine Neuauflage der Großen Koalition in Grenzen. Zeigten die Ergebnisse der Sondierungsgespräche mit der SPD noch eine klare christdemokratische Handschrift, konstatierte das Medienecho nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen eine klare sozialdemokratische Prägung „von 70 Prozent“ (s. FAZ vom 12.02.2018). Hinzu kam ein deutlicher Unmut über die Verteilung der Ressorts, hierbei insbesondere der Verlust des Finanzministeriums an die SPD.

#### Lebhafte Diskussion im Vorfeld

In vielen Kreisverbänden wurde der Koalitionsvertrag kritisch diskutiert und begutachtet, so auch in Bonn. Der Arbeitskreis Bundespolitik diskutierte eine Woche vor dem Bundesparteitag, der den Koalitionsvertrag verabschieden sollte, intensiv mit 46 Mitgliedern die Inhalte und die Konsequenzen der erneuten Großen Koalition. Dabei entzündete sich die Kritik an der teuer erkauften Kanzlerschaft unter Preisgabe teils elementarer Grundpositionen, der Detailversessenheit in einzelnen Aspekten, während dringend zu regelnde Fragen offen blieben. Positiv wurden andererseits die Vereinbarungen im Bereich Bildung und Forschung sowie die Passagen zur Digitalisierung bewertet. Auch der Arbeitskreis Europa, Internationales und globale Sicherheitspolitik setzte sich mit seinen Themenbereichen in der Woche vor dem Bundesparteitag auseinander. Er begrüßte den hohen Stellenwert der Europapolitik, sah die Forderungen und Ideen des Koalitionsvertrages aber ebenfalls kritisch bzw. überarbeitungswürdig. Im Mit-



telpunkt sollten die Fragen stehen, welche Aufgaben verbesserungswürdig sind, was Europa leisten und wie die „Baustelle Europa“ zukunftssicherer gemacht werden kann.

Mit diesen Eindrücken von „der Basis“ im Gepäck machten sich die Bonner Delegierten auf den Weg zum Bundesparteitag. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Parteivorsitzende bereits mit der saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer eine neue Generalsekretärin vorgestellt, die ebenfalls auf dem Bundesparteitag gewählt werden sollte. Sowohl in den Medien als auch an der Parteibasis stieß diese Entscheidung und die damit verbundene Ankündigung eines neuen Grundsatzprogrammprozesses auf ein positives Echo.



Vorstellung der neuen Ministerien und Minister durch die Kanzlerin am Vorabend des Bundesparteitages im Konrad-Adenauer-Haus vor den Delegierten. © CDU/Tobias Koch.

#### Kernthemen der NRW-Landesregierung im Koalitionsvertrag

Am Vorabend des Bundesparteitages findet traditionell eine Zusammenkunft aller Delegierten des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen statt, der die größte Delegation bei Bundesparteitagen stellt. Während sich die Delegierten im Vortragssaal der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung einfanden, stellte die Bundeskanzlerin am anderen Ende der Klingelhöferstraße in Berlin die Namen der neuen CDU-Bundesministerinnen und -minister vor. Die Namen drangen dank der digitalen Medien auch schnell zu den Delegierten durch und stießen dort auf breite Zustimmung. Im Mittelpunkt der Zusammenkunft stand die Einordnung der Inhalte des Koalitionsvertrages durch den Landesvorsitzenden und nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet. Er hob hervor, dass der Koalitionsvertrag aus NRW-Sicht nur zu begrüßen sei, fänden sich in ihm doch wesentliche Kernthemen der Landesregierung wider.

Dazu gehören u.a.:

- die Festschreibung eines ausgeglichenen Haushaltes ohne neue Schulden
  - die Förderung der Elektromobilität und der Batterieproduktion, deren Entwicklung maßgeblich in NRW erfolgen soll
  - die 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben
  - kein planloser Ausstieg aus der Braunkohleverstromung
  - die Prüfung eines Exportstopps von deutschen Brennstoffen an unsichere Kernkraftwerke im Ausland
  - die Erhaltung des Rekordniveaus bei Verkehrsinvestitionen
  - Investition von 10-12 Mrd. Euro in flächendeckend schnelles Internet
  - Anschluss aller Schulen an das schnelle Glasfasernetz bis 2021
  - Fortführung aller laufenden Maßnahmen zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten bis 2021 mit weiteren 8 Mrd. Euro
  - Erarbeitung eines gemeinsamen Musterpolizeigesetzes.
- Für die Region Bonn sind von besonderer Bedeutung:
- das Bekenntnis zum Bonn-Berlin-Gesetz
  - der Abschluss eines „Bonn-Vertrags“ zwischen Bund, Ländern und der Stadt Bonn
  - die Stärkung des UN-Standorts Bonn durch

ein neues Gaststaatsgesetz

- fortdauernde Beteiligung des Bundes am Flughafen Köln-Bonn

Beim anschließenden Delegiertenabend im Konrad-Adenauer-Haus stellte die Bundeskanzlerin die neuen Ministerinnen und Minister vor und verabschiedete unter langanhaltendem Applaus die ausscheidenden Ministerinnen und Minister. In Gesprächen mit anderen Delegierten zeigte sich zwar zum einen nach wie vor ein gewisser Unmut über die Ergebnisse des Koalitionsvertrages, zum anderen aber auch ein großer Zuspruch zu den Personalentscheidungen.

#### Weichenstellungen für eine erfolgreiche Zukunft dank CDU-Handschrift

Nach der traditionellen Morgenandacht zu Beginn des Bundesparteitages war es an der Bundeskanzlerin, die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen darzulegen. „Wir stimmen heute über einen Koalitionsvertrag ab, der Fortschritte für unser Land beinhaltet, der konkrete Verbesserungen für die Menschen in unserem Land mit sich bringt und der die Weichen für die Zukunft unseres Landes stellt“, so Angela Merkel. Der Kritik, dass der Koalitionsvertrag zu wenig CDU-Positionen enthalte, trat Merkel entschieden entgegen.

#### Finanzen und Haushalt

Anstelle der von der SPD geforderten Einführung der Reichensteuer, die bis zu 280.000 Mittelständler getroffen hätte, setzt die CDU auf Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen und sagt zu Steuererhöhungen klar Nein! Wir stehen für solide Finanzen und setzen auf einen ausgeglichenen Haushalt („Schwarze Null“).

#### Arbeit

Während die SPD die sachgrundlose Befristung vollständig abschaffen wollte, haben wir uns für klare Regeln bei Befristungen mit und ohne Sachgrund ausgesprochen. Unser Ziel ist es, durch eine gezieltere Unterstützung Arbeitssuchende schneller wieder in Arbeit zu bringen – und sie nicht durch eine Verlängerung des ALG I auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung in der Arbeitslosigkeit zu verwalten. Wir schaffen finanzielle Anreize für Weiterbildung und erarbeiten mit den Sozialpartnern eine „Nationale Weiterbildungsstrategie“.

#### Gesundheit

Die Einführung einer Bürgerversicherung ist vom Tisch! Wir wollen den Wettbewerb der Kassen beibehalten und setzen uns für eine spürbare Verbesserung für gesetzlich Versicherte ein. So sichern wir die Qualität und verhindern eine Kostenexplosion in der medizinischen Versorgung.

Fortsetzung

## Editorial



*Liebe Mitglieder der Bonner CDU,*

die Zeit der Ungewissheit hat ein Ende: Am 14. März wurde das neue Kabinett der Großen Koalition vereidigt. Dennoch war die lange Phase der Verunsicherung ermüdend, auch für die Basis. Im Vorfeld wurde einige Kritik am Koalitionsvertrag geäußert. Unser Arbeitskreis Bundespolitik hat dazu einen Diskussionsabend veranstaltet, an dem ca. 50 Mitglieder teilnahmen. Die inhaltliche Vorbereitung für den CDU-Parteitag hat gezeigt, dass wir nicht immer einer Meinung sind, aber offen und ehrlich miteinander diskutieren. Ich wünsche mir, dass die Bonner CDU und ihre Mitglieder auch weiterhin so konstruktiv zusammenarbeiten und die Demokratie so lebendig hält. Auf dem Parteitag haben wir Delegierte unsere Stimmen gesplittet, so wie es der Stimmung in unserem Kreisverband entsprach. Die angestoßene Grundsatzdebatte werden wir als Kreisverband weiter begleiten. Auf der vergangenen Vorstandskonferenz kam auch der Wunsch auf, einen Raum für weitere Debatten anzubieten. Um unsere Mitglieder frühzeitig mitzunehmen und einzubinden, wollen wir noch vor den Sommerferien eine Kick-Off-Veranstaltung machen. Kommunalpolitisch sorgen momentan die Beethovenhalle und das Bürgerbegehren gegen den Schwimmbadneubau für Aufsehen. Es gibt unterschiedliche Stimmen zu der Beethovenhalle, aber in einer Sache sind wir uns als Bonner CDU mehrheitlich einig: Zum jetzigen Zeitpunkt hätte ein Baustopp fatale Folgen! Die ungeahnten Folgekosten sind nur ein Teil davon. Wenn wir uns als Stadt weiterentwickeln wollen, brauchen wir eine zukunftsgewandte und nachhaltige Lösung für die Beethovenhalle. Als Reaktion auf die letzten Bauverzögerungen prüft die Verwaltung bereits die Regressansprüche gegenüber den verantwortlichen Planern und Firmen. Kommt es zu einem erneuten Bürgerentscheid in Sachen Schwimmbadneubau, werden wir ein weiteres Mal dafür kämpfen, dass der Sportstandort Bonn nachhaltig gestärkt wird, wir eine zukunftsorientierte, moderne und dezentrale Bäderlandschaft mit einem Neubau haben werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein schönes Osterfest

*Christos Kattidis*

## Rente

Anstelle einer Solidarrente setzen wir auf eine Bedürftigkeitsprüfung in der neu geschaffenen Grundrente, um ein Gießkannenprinzip zu Lasten der heutigen Beitragszahler zu verhindern.

## Bildung

Bildung bleibt für uns Ländersache. Mit einem „Digitalpakt Schule“ in Höhe von 5 Mrd. Euro schafft der Bund die Voraussetzungen für moderne Schulen und beste Bildung von Anfang an.

## Familie

Wir führen ein Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro pro Kind und Jahr ein und erhöhen

das Kindergeld um 25 Euro pro Kind und Monat. Zudem investieren wir 2 Mrd. Euro in die Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Auch das BAföG für Schüler, Auszubildende und Studenten wird angehoben.

## Migration

Wir haben durchgesetzt, dass der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige bis August 2018 ausgesetzt bleibt und anschließend auf 1.000 Personen pro Monat und Härtefallregelungen begrenzt wird.

## Europa

Wir sind für eine Solidarität unter den EU-Staaten, aber haben uns klar gegen eine von der SPD geforderten Vergemeinschaftung

von Schulden durchgesetzt. Die Zusammenarbeit soll dort verstärkt werden, wo es sinnvoll ist.

Nach einer intensiven Aussprache, in der rund 50 Befürworter und Kritiker des Koalitionsvertrages zu Wort kamen, nahm der Bundesparteitag den Vertrag mit rund 97 Prozent an. Die Bonner Delegierten hatten sich zuvor darauf verständigt, in Anbetracht der Diskussionen vor Ort ihre Stimmen zu splitten und haben mit 4:1 dem Vertrag zugestimmt.

## Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer: „Ich kann, ich will und ich werde“

Bevor der Parteitag traditionell mit dem Lied der Deutschen endete, nahm die mit 98,87

Prozent gewählte neue Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer die Wünsche und die Kritik der Basis direkt auf und forderte eine programmatische Neuaufstellung der Partei.

Die Entwicklung eines bundesweiten Grundsatzzprogramms ist das Mittel, um die Erneuerung langfristig deutlich zu machen. Leitlinie ist dabei die Orientierung am christlichen Menschenbild. Dieses Alleinstellungsmerkmal und die christlich-sozialen, liberalen und konservativen Wurzeln der CDU ins 21. Jahrhundert zu übersetzen und wieder Raum für ausgeprägte Debatten- und Diskussionskultur zu schaffen, sei für den künftigen Erfolg der Volkspartei CDU maßgeblich.

## Standpunkte: pro und contra Koalitionsvertrag

### Gute Positionen durchgesetzt

Der Koalitionsvertrag ist sicher kein Positionspapier der Union, sondern ist deutlich von dem Ziel geprägt, eine stabile Regierung zu bilden. Dabei wurden in Einzelpunkten schmerzhaft Kompromisse getroffen, trotzdem sollte der Vertrag keinesfalls pauschal kritisiert werden. Mit der Schaffung neuer Richterstellen, dem personellen Ausbau unserer Sicherheitsbehörden und der Einführung moderner Ermittlungsmethoden haben wir in unserem Kernthema Innere Sicherheit gute Positionen durchsetzen können.

Die Anerkennung der Maghreb-Staaten als „sichere Herkunftsländer“, eine konsequente Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern, die Planung nur Migranten mit positiver Bleibeperspektive auf Kommunen zu verteilen, sind wichtige und richtige Maßnahmen. Hier wurden Unionsforderungen erfolgreich umgesetzt.

Auch in der Familien- und Bildungspolitik sind mit der Abschaffung des Kooperationsverbotes, der Erweiterung und Verbesserung des BAföGs sowie der Erhöhung des Kindergeldes gute Inhalte zu finden.

In Hinblick auf den Deutschen Beitrag zu Internationaler Stabilität bleibt der Koalitionsvertrag allerdings leider weit hinter der Realität zurück. Während unsere Truppen in immer mehr Einsätzen ihren Beitrag zu Sicherheit und Frieden in der Welt leisten, bleibt die finanzielle Ausstattung unserer Streitkräfte weiter-

hin mangelhaft. Die Vertragspartner fordern zwar eine stärkere Eigenständigkeit Europas, versäumen es aber, den finanziellen Rahmen zu schaffen, in welchem die Bundeswehr ihren Aufgaben gerecht werden kann. Dies ist unfair gegenüber unseren Soldaten.

Auch hinsichtlich der Herausforderungen, welche meiner Generation bezüglich des Klimawandels bevorstehen werden, ist der Vertrag ungenügend. Ein Zeitpunkt zum Kohleausstieg wird nicht genannt. Der Ausstoß von Treibhausgasen in der Landwirtschaft findet keine Erwähnung. Zwar bekräftigen die Vertragspartner die Einhaltung der Klimaziele für 2030, jedoch droht Deutschland seine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel einzubüßen und auch technologisch seinen Spitzenplatz zu verlieren.

Die Forderung der Union, Schulden weiter abzubauen und auf eine Neuverschuldung zu verzichten, wurde übernommen – damit bleibt auch künftigen Generationen ein finanzieller Gestaltungsspielraum. Dass die Union die Soli-Abschaffung für niedrige und mittlere Einkommen durchsetzen konnte, ist zu begrüßen.

Schlussendlich ist zu hoffen, dass der Vertrag in den genannten Punkten umgesetzt und in anderen Bereichen an die Realität angepasst wird.

Von Constantin Poretschkin, Stellv. Vorsitzender OV Dottendorf-Gronau-Kessenich

### Merkel und die CDU: Eine unendliche Geschichte?

Die CDU ermöglichte Angela Merkel eine zwölfjährige Kanzlerschaft. An deren Ende stand das seit 1949 schlechteste Ergebnis der Parteigeschichte. Eine Aufarbeitung der Niederlage, die Bildung einer unionsgeführten Minderheitsregierung, die seit Oktober 2017 im Amt sein könnte und eine wirkliche personelle und inhaltliche Erneuerung dargestellt hätte, hat Frau Merkel verhindert. Sie wollte und hat nun einen (linken) Koalitionspartner, mit dessen Hilfe sie die CDU auf ihrem persönlichen Kurs halten will. Im Vorfeld des Bundesparteitages schrieb Bild Online (7.2.2018): „Angela Merkel geht es in der neuen Regierung um: Angela Merkel. Um ihre Macht zu erhalten, hat sie (...) die erste SPD-Regierung unter Führung einer CDU-Kanzlerin geschaffen“. Die FAZ (11.2.) „Sie opfert ihre Partei“ und Jakob Augstein im SPIEGEL Online (12.2.): „Man muss immer wieder daran erinnern: das Desaster, das wir erleben, ist Merkels Desaster.“ Diese Auswahl an Pressestimmen deckte sich durchaus mit der Stimmung in einem großen Teil der CDU. Doch dann kam das „Wunder von Berlin“ und man kann rätseln, was da dramaturgisch und (massen-)psychologisch abgegangen ist. Ist die Koalition, die nun steht, das monatelange Gezerre wert gewesen,

ist sie die Regierung, die bereichert um diese „Kompetenztruppe“ der SPD die Probleme unseres Landes besser löst als eine reine Unionsregierung? „Jetzt macht eine Regierung weiter, die es schon in der Vergangenheit nicht konnte“ (Augstein 5.3.) Was kommt, ist nicht der überfällige Neuanfang, sondern die Fortsetzung merkelcher Politik samt der alten Fehler auf den Feldern der Europa-, Migrations-, Steuer- und Energiepolitik. Schon treibt die Sorge über eine Haftungs- und Transferunion die nördlichen EU-Mitglieder in den Widerstand. Noch mehr Integration kann nicht die Bekämpfung der weltweiten Migrationsursachen ersetzen. Die sprudelnden Steuereinnahmen werden zur Klientelbedienung statt zu Schuldenabbau und Entlastung der nächsten Generation genutzt. Die Abschaffung der Kalten Progression fehlt als Thema ganz. Werden wir als Partei dies und mehr wieder 4 Jahre absegnen oder melden wir uns, wenn weiter in kleinen Machtzirkeln entschieden und die Parteigremien auf allen Ebenen zu Vollzugsgehilfen degradiert werden? Wir könnten uns doch als Partei neu entdecken und aus „top down“ ein „bottom up“ machen oder?

Von Nikolaus Kircher, Vorsitzender OV Plittersdorf

Die in der Rubrik „Standpunkt“ veröffentlichten Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für den Inhalt sind die jeweiligen Autor(inn)en verantwortlich. Bitte schreiben Sie uns auch Ihren Standpunkt! Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen ausdrücklich vor. Eine Gewähr für den Abdruck wird nicht übernommen.

## Aus dem EU-Parlament

### Die EU geht gegen das organisierte Verbrechen vor

Von Axel Voss MdEP

Bankraub, Schmuggel, Drogenhandel und Geldwäsche – das organisierte Verbrechen ist heute quer durch Europa über Grenzen hinweg aktiv. Die Europäische Union sorgt dafür, dass die Mitgliedstaaten bei der Verbrechensbekämpfung besser zusammenarbeiten.

In einem Europa ohne Binnengrenzen ist auch das Verbrechen grenzübergreifend aktiv. Deshalb müssen Polizei und Justiz EU-weit eng kooperieren. Eine Grundlage dafür ist der 2002 beschlossene europäische Haftbefehl, der dazu dient, einen nationalen Haftbefehl europaweit durchzusetzen. Dadurch können Straftäter und Verdächtige, die sich in einem anderen europäischen Land verstecken, viel einfacher und schneller ausgeliefert werden.

Dank der europaweiten Fahndungsdatei „Schengener Informationssystem“ (SIS) können Grenzschützer leichter Verbrecher aufspüren. Die Datenbank listet gesuchte Straftäter, aber auch Waffen, gestohlene Autos und verlorene Ausweise auf. Das hat die Fahndung leichter gemacht.

Zudem hat die EU eine Gruppe hochrangiger Richter und Staatsanwälte aus allen Mitglied-

staaten der EU in der Behörde Eurojust zusammengeschlossen. Sie ermitteln bei schweren grenzüberschreitenden Verbrechen und helfen den nationalen Strafverfolgungsbehörden.

Eine wichtige Rolle spielt außerdem das Europäische Polizeiamt Europol im niederländischen Den Haag. Dort sammeln rund 100 Experten und Kriminalanalytiker Informationen und Daten über kriminelle Täter und helfen bei der Fahndung. Europol erstellt Analysen zu Kriminalität und Terrorismus, hilft den nationalen Behörden aber auch ganz konkret dabei, Verbrecher zu fassen. Auf der Webseite [www.eumostwanted.eu](http://www.eumostwanted.eu) stehen Steckbriefe der am dringendsten gesuchten internationalen Kriminellen.

Für die bessere polizeiliche Zusammenarbeit stehen bis 2020 über 1 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt bereit. Damit werden etwa gemeinsame Ermittlungsgruppen, Fortbildungen und neue Technologien in den EU-Ländern finanziert. Seit 2013 bekämpft zum Beispiel die Gemeinsame Ermittlungsgruppe der Staatsanwaltschaften und der Polizei aus Brandenburg und Polen grenzüberschreitend agierende Banden. In Grenzgebieten gibt es außerdem „Gemeinsame Zentren der Polizei-



und Zollzusammenarbeit“, wo bayerische, sächsische und tschechische Polizei- und Zollmitarbeiter gemeinsame Einsätze koordinieren.

Übrigens gibt es in der EU auch bei schweren Verbrechen wie Mord nicht die Todesstrafe. Denn das würde den Werten der Euro-

päischen Union widersprechen. Dazu sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: „Wir Europäer sagen ein klares ‚Nein‘ zur Todesstrafe. Denn wir glauben an den Wert des menschlichen Lebens und achten es.“

[www.axel-voss-europa.de](http://www.axel-voss-europa.de)

## Beethovenjubiläum wird in 2020 würdig gefeiert

von Dr. Klaus-Peter Gilles,  
Fraktionsvorsitzender

Die Ereignisse rund um die Sanierung der Beethovenhalle sind sicherlich alles andere als erfreulich. Trotz der bekannt gewordenen Verzögerungen der denkmalgerechten Instandsetzung und Modernisierung der Beethovenhalle wird in 2020 das Beethovenjubiläum würdig gefeiert werden, auch wenn die Beethovenhalle selbst nicht mehr in den Planungen zu diesem Fest vorgesehen ist. Zwischenzeitlich hat die Verwaltung im Zusammengehen mit den Intendanten alle Hebel in Bewegung gesetzt und alternative Spielstätten in Bonn identifiziert. Bei allen negativen Schlagzeilen der vergangenen Wochen ist das jedenfalls eine durchaus positive Nachricht.

### Bauverzögerungen auch bei der kleinen Lösung

Zur Angelegenheit Beethovenhalle selbst und zur Klarstellung folgende Hinweise:

Die Mehrheitskoalition aus CDU, Grünen und FDP hat sich im April 2016 aus guten Gründen für die umfangreichere, damals mit rund

62,75 Mill. Euro kalkulierte Umbauvariante entschieden, die nicht nur die denkmalgerechte Instandsetzung, sondern auch den Ausbau der Beethovenhalle auf den Standard einer modernen Musikhalle umfasst. Dazu gehört auch der Ausbau des Studios als Probenstätte für das Beethovenorchester, für das Sponsorengelder in Millionenhöhe zur Verfügung stehen. Diese Entscheidung ist auch aus heutiger Sicht noch richtig. Wenn man die alte Beethovenhalle vor Augen hatte und eine zukunftsgewandte, nachhaltige und wirtschaftlich sinnvolle Entscheidung treffen wollte, kam nur die Entscheidung für die große Umbauvariante in Betracht, denn nur diese schafft echte Mehrwerte.

Nach Aussage der Projektleitung wären auch bei der kleineren Sanierungsvariante (seinerzeit geschätzt mit rund 40 Mill. Euro) bauliche und planerische Probleme, die zu zeitlichen Verzögerungen und Kostensteigerungen führen, zu befürchten gewesen. Nach den mittlerweile vorliegenden Erkenntnissen stellt sich sogar die Frage, ob die kleine Variante überhaupt, wie in der

Entwurfsplanung vorgesehen, umsetzbar gewesen wäre. An rein spekulativen „besser wäre es gewesen...“-Diskussionen beteiligt sich die CDU-Fraktion daher nicht. Nach dem was heute bekannt ist, liegen keine Gründe vor, die einen Baustopp rechtfertigen würden. Aus diesem Grunde war auch die in der Sondersitzung des Rates am 05.03.2018 mit großer Mehrheit getroffene Entscheidung zum Weiterbau richtig. Dies hat auch die CDU-Fraktion ausnahmslos so gesehen. Die aufgetretenen Probleme sind im Wesentlichen dadurch entstanden, dass es erhebliche Mängel im Projektablauf gegeben hat. Die CDU-Fraktion erwartet, dass seitens der Verwaltung alles getan wird, dass die hier vorhandenen Probleme schnellstmöglich behoben werden.

### Regressansprüche geltend machen

Die Verzögerungen bei der Beethovenhalle sind nach Auffassung der Ratskoalition jedoch nicht nur auf die „Überraschungen“ in der Bausubstanz und den Zustand des Untergrunds zurückzuführen. Verspätete Eingänge



© Presseamt der Stadt Bonn

erforderlicher Planungen durch das verantwortliche Planungsbüro und nicht fristgerecht erbrachte Leistungen von Fachfirmen haben wesentlich zu den Bauverzögerungen beigetragen. Daher begrüßen und unterstützen wir es ausdrücklich, dass die Verwaltung nicht nur diesen Terminverzug durch entsprechenden Druck auf Planer und Baufirmen zu kompensieren versucht, sondern auch als Bauherr Regressansprüche bei den verantwortlichen Planern und Bauausführenden prüft und ggf. anmeldet.

[www.cduratsfraktion-bonn.de](http://www.cduratsfraktion-bonn.de)

## Aus dem Landtag

### NRW Wohnungsbaupolitik im Fokus

von Guido Déus MdL

Die vergangenen Monate der Bundestagswahl waren bundespolitisch von großen Unsicherheiten geprägt, die mit der Bildung und der Arbeitsaufnahme der Großen Koalition endlich vorbei sind. Es gibt bundespolitisch aber auch in NRW viele Herausforderungen, die dringender politischer Entscheidungen bedürfen. Die NRW-Koalition packt die zu lösenden Probleme seit rund neun Monaten mit hohem Tempo entschlossen, konsequent und lösungsorientiert an. Ein herausfordernder Bereich, der auch in Bonn von besonderer Bedeutung ist, ist die Wohnungsbaupolitik. Es mehren sich die Stimmen, die bei diesem Thema von der „neuen Sozialen Frage“ sprechen. Unsere Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung hat am 22.02.2018 eine „Allianz für mehr Wohnungsbau in NRW“ mit den wohnungswirtschaftlichen Verbänden, d.h. mit dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen (VdW), der BFW Landesverband Nordrhein-Westfalen, dem Verband der mittelständischen Immobilienwirtschaft sowie Haus & Grund Nordrhein-Westfalen geschlossen. Gemeinsam treten sie für mehr Wohnungsbau, verstärkte Wohneigentumsförderung und Mo-



dernisierungen ein. Weitere Handlungsfelder sind die Stärkung von gemeindlichen Wohnungsbeständen, von rollstuhlgerechten Wohnungen, aber auch das Projekt „Besser Wohnen – zu Hause im Quartier“. Letzteres richtet sich insbesondere an Wohnungsunternehmen, die ihre Quartiere und Siedlungen mit Mitteln der Wohnraumförderung als Orte des täglichen Lebens erneuern und zukunftsfähig machen sollen.

Als Mitglied des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen im Landtag von NRW beschäftige ich mich intensiv mit den vielfältigen Aspekten der Themenfelder Bauen und Wohnen. Gerade dieser Themenkomplex zeigt die zwingend erforderliche Vernetzung kommunalen sowie landes- und

bundespolitischen Handelns. Zurückgreifen kann ich hier auf meine Erfahrungen als Vorsitzender des städtischen Wirtschaftsausschusses, aber auch auf meine langjährige Tätigkeit bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Nicht nur in NRW-Ballungsgebieten, sondern vielerorts und bundesweit stellen steigende Mieten, bezahlbarer Wohnraum und Wohnungsknappheit zentrale Problemfelder dar.

In unserem Koalitionsvertrag ist daher vereinbart, die Zielsetzung des bezahlbaren Wohnraums, die Weiterentwicklung der sozialen Wohnraumförderung und der Eigentumsförderung, sowie des bedarfsgerechten Neubaus von Wohnungen konsequent zu verfolgen. Auch das Mietrecht soll im Bereich der Kappungsgrenzenverordnung, der nicht wirksamen Mietpreisbremse, sowie der Mietpreisbegrenzungsverordnung praxistauglich und zielorientiert überarbeitet werden. Darüber hinaus werden die Vereinfachung des Bauordnungsrechts und die inhaltliche Ausgestaltung der Landesbauordnung diskutiert, die nach dem Moratorium vom 20.12.2017 voraussichtlich zum 1. Januar 2019 in Kraft treten soll. Anregungen sind ausdrücklich erbeten!

Wir stellen bis 2022 rund 4 Milliarden Euro für den öffentlich geförderten Wohnungsbau zur Verfügung, von denen der überwiegende Anteil in den Mietwohnungsneubau geht. Wir wollen zudem, dass junge Familien Eigentum bilden können. Deshalb ist seit dem 01.02.2018 landesweit wieder eine Eigentumsförderung möglich. Die Familienkomponente wird pro Kind um 5.000 Euro auf 15.000 Euro angehoben und wird auf Haushalte ausgedehnt, in denen ein schwerbehindertes Familienmitglied lebt. Die Förderbedingungen der Vorgängerregierung waren lebensfremd und haben dazu geführt, dass zuletzt von 80 Millionen Euro für die Eigentumsförderung nur knapp 20 Millionen Euro abgeflossen sind.

Kurzum: Die Koalition von CDU und FDP lässt auf Worte Taten folgen. Und die positiven Erfahrungen sowohl in der CDU-Landtagsfraktion als auch in der NRW-Koalition stimmen mich in Hinblick auf die Bewältigung der bau- und wohnungspolitischen Herausforderungen optimistisch!

[www.guido-deus.de](http://www.guido-deus.de)

**Bürgersprechstunde immer montags,  
14:30-16:30 Uhr nach Vereinbarung.**

**Tel.: 0228 / 842 50 340**

**Email: [guido.deus.wk@landtag.nrw.de](mailto:guido.deus.wk@landtag.nrw.de)**

## Neustart Innere Sicherheit in NRW in vollem Gange!

von Dr. Christos Katzidis MdL

Seit dem Regierungswechsel in NRW läuft die Neuausrichtung auf vollen Touren, insbesondere im Kernbereich der staatlichen Aufgaben, der Inneren Sicherheit. Die Aufarbeitung der Versäumnisse der rot-grünen Vorgängerregierung ist dabei noch nicht abgeschlossen. 5,4 Millionen Überstunden bei unserer Polizei, mangelhafte Technik und keine ausreichenden Befugnisse, um eine effektive Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung zu gewährleisten. Das alles werden wir ändern.

### Wir werden die Personalsituation massiv verbessern!

Um die dramatische personelle Situation bei der Polizei zu entschärfen, haben wir schnell und entschieden reagiert. Bereits mit dem Nachtragshaushalt 2017 haben wir die jährliche Einstellungszahl von Kommissarsanwärtern auf 2.300 (+300) erhöht. Diese Erhöhung werden wir auch bis mindestens 2022 fortführen. Damit liegen die jährlichen Einstellungszahlen deutlich über den jährlichen Pensionszahlen. Insgesamt werden so in dieser

Legislaturperiode 1.800 Anwärter mehr eingestellt als es bisher der Fall war. Zur Terrorbekämpfung haben wir ebenfalls mit dem Nachtragshaushalt 118 zusätzliche Stellen für den Verfassungsschutz geschaffen.

Parallel werden wir in dieser Legislaturperiode 2.500 zusätzliche Stellen für Angestellte schaffen. 500 haben wir bereits in diesem Jahr mit dem Haushalt 2018 etatisiert. Jährlich werden 500 bis zum Jahr 2022 hinzukommen. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode werden wir insgesamt 5.176 neue Stellen bei der Polizei und dem Verfassungsschutz schaffen.

### Wir sorgen für die notwendige Technik!

Das von der rot-grünen Landesregierung im Wahlkampf auf den Weg gebrachte Pilotprojekt „Tablets in Streifenwagen“ hat sich als technischer Flop erwiesen, da es eine ganze Reihe von Problemen gab, die im Innenausschuss nach einem Berichtswunsch von uns zu Tage kamen. Deshalb hat unser Innenminister eine Arbeitsgruppe „Mobile Kommunikation“ eingesetzt, um die Versäumnisse und



Probleme aufzuarbeiten. Wir wollen Tablets in Streifenwagen bis zum Ende der Legislaturperiode flächendeckend einführen, damit unsere Polizistinnen und Polizisten im Jahr 2022 endlich auf Notizblöcke verzichten können.

### Wir schaffen die notwendigen Befugnisse!

Eine umfassende Verbesserung des Polizeigesetzes war mir persönlich eine ganz wichtige Angelegenheit. Daher habe ich mich bei der Gesetzesnovelle für mehr Möglichkeiten der Polizeikräfte eingesetzt. Wir werden einerseits die Voraussetzungen bei bestehenden

Befugnissen reduzieren, wie beispielsweise bei der Videobeobachtung im öffentlichen Raum und den Möglichkeiten, Personen präventiv in Haft zu nehmen (Ingewahrsamnahme). In NRW wird es zukünftig möglich sein, Gefährder für bis zu einen Monat in Haft zu nehmen und häusliche Schläger bis zu 10 Tagen.

Neben den Erweiterungen werden wir die strategische Fahndung (abgewandelte Schleierfahndung), eine Vorschrift für die Überwachung der Telekommunikation (TKÜ), inklusive sog. Quellen-TKÜ, ein Aufenthalts- und Kontaktverbot für Gefährder, Sexualstraftäter und Stalker sowie eine rechtliche Grundlage für Elektroschockgeräte neu einführen. Die Polizei und der Verfassungsschutz NRW werden am Ende dieser Legislaturperiode personell, materiell und rechtlich komplett neu aufgestellt und damit in der Lage sein, zukünftig eine effektive Arbeit leisten zu können. Das gilt insbesondere auch für die Wertschätzung der Politik gegenüber unseren Staatsdienern.

[www.christos-katzidis.de](http://www.christos-katzidis.de)



# Kreisverband

## Arbeitskreise

### AK Europa, Internationales und globale Sicherheitspolitik

**Sa. 14.4., 19 h: Vorbereitung Europatag und Jumelage**

Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

**Do. 19.4., 19 h: Mitgliederoffene Sitzung**

Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

**Sa. 12.5., 11 h: Europatag 2018**

mit Axel Voss MdEP und Christos Katzidis MdL, vor dem Alten Rathaus, Markt 2.

### Tag 1 – Jumelage mit CDA Zuid-Holland

**Sa. 5.5., 9 h: Europa im Spannungsfeld von Russland und den USA**

Diskussionsveranstaltung mit Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Internationales des Landes NRW, Axel Voss MdEP, Christos Katzidis MdL, Guido Déus MdL, Rathaus Beuel, Friedrich-Breuer-Straße 65.

**Tag 2 – So. 6.5., 10 h: Besichtigung des Regierungsbunkers**

Am Silberberg, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, Anmeldungen erbeten an: ak-europa@cdu-bonn.de

### AK Integration

**Mi. 25.4., 19 h: Problematik der Jüdischen Gemeinde in Bonn**

Vortragsveranstaltung mit Margret Traub, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

**Mi. 30.5., 19 h: Bürgeroffene Veranstaltung**

Austausch mit verschiedenen Vereinen über Kooperationsmöglichkeiten, Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

### AK Landespolitik

**Di. 17.4., 19:30 h: Neustart bei der Inneren Sicherheit**

Diskussionsveranstaltung mit Christos Katzidis MdL, Carl-Troll-Str. 63, Anmeldungen erbeten an: ak-land@cdu-bonn.de.

### AK Medien und Digitalisierung

**Do. 26.4., 19 h: Mitgliederoffene Diskussionsveranstaltung**

Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.



# Bonn

## Bezirksverband Bonn

**Fr. 20.4., 19 h: Mitgliederoffene**

**Vorstandssitzung**

Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

## OV Baumschulviertel / Südstadt

**Di. 10.4., 20 h: Bürgertreff**

Hotel Bristol, Ecke Poppelsdorfer Allee/Prinz-Albert-Str.

**Di. 8.5., 20 h: Bürgertreff**

Hotel Bristol, Ecke Poppelsdorfer Allee/Prinz-Albert-Str.

## OV Castell

**Mi. 25.4., 18:30 h: Mitgliederoffene**

**Vorstandssitzung**

CJD Gästehaus, Graurheindorfer Str. 149.

## OV Bonn-Innenstadt

**jeden Mo. 17-18 h: Bürgersprechstunde**

mit Stv. Christiane Overmans, Altes Rathaus, Markt 2.

## OV Dottendorf-Gronau-Kessenich

**Mi. 18.4., 18 h: Nachbarschaftstreffen**

Hausdorffstraße auf Höhe Haus der Jugend.

**Mi. 18.4., 19 h: Mitgliederoffene**

**Vorstandssitzung**

Lindenhof, Burbacher Str. 222.

## OV Poppelsdorf

**Mi. 4.4., 19:30 h: Mitgliederoffene**

**Vorstandssitzung mit Bürgertreff**

mit Stv. Christian H. Steins, Restaurant Hellas, Clemens-August-Straße 81.

**Mo. 30.4., 17 h: Maiansingen**

Poppelsdorfer Platz.

**Mi. 2.5., 19:30 h: Mitgliederoffene**

**Vorstandssitzung mit Bürgertreff**

mit Stv. Christian H. Steins, Restaurant Hellas, Clemens-August-Straße 81.

**Sa. 12.5., 11 h: Muttertagsaktion**

Poppelsdorfer Platz.

## OV Venusberg / Ippendorf

**Mi. 18.4., 19 h: Jahresempfang**

mit Dr. Klaus Peter Gilles, CDU-Ratsfraktionsvorsitzender, Restaurant Waldhäuschen, Kiefernweg 26.

**Do. 26.4., 19 h: Bürgergespräch**

mit dem Stv. Georg Goetz zu ortspolitischen Themen und Anliegen, Restaurant Waldhäuschen, Kiefernweg 26.

**Sa. 12.5., 9:30 h: Rosenverteilaktion**

vor der Ladenzeile Sertürner Str., Venusberg.

**Sa. 12.5., 10:30 h: Rosenverteilaktion**

vor EDEKA Markt Schüren, Röttgener Str. 69.

**Mi. 23.5., 19:30 h: Christlich-demokratische Grundwerte zukunftsfest machen**

Gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit dem EAK, Referent Dr. Christian Koecke, Konrad Adenauer Stiftung, Pfarrsaal Kath. St. Barbara Gemeinde, Röttgener Str. 30.



# Beuel

## OV Beuel-Mitte

**So. 15.4., 8 h: Verpflegungsstand für den Bonn Marathon**

Hermannstraße am Krankenhaus.

**Mo. 16.4., 19 h: Vorstandssitzung**

Rathaus Beuel, Friedrich-Breuer-Straße 65.

**Sa. 12.5., 10:30 h: Muttertagsaktion**

vor dem Rathaus Beuel, Friedrich-Breuer-Straße 65.



# Hardtberg

## OV Duisdorf

**Sa. 21.4., 10:30 h: Infostand**

gemeinsame Bürgersprechstunde mit der JU Hardtberg, Rochusstr./Am Schickshof.

**Di. 8.5., 19 h: Mitgliederoffene**

**Vorstandssitzung**

Seminarraum der Musikschule, Villemombler Str. / Schieffelingsweg.

**Sa. 12.5., 10:30 h: Rosenaktion zum Muttertag**

Marktplatzbrunnen, Rochusstr./Am Schickshof.



# Bad Godesberg

## Stadtbezirk Bad Godesberg

**Sa. 28.4., 11 h: Dialog auf dem Theaterplatz** mit Stv. Christoph Jansen, Theaterplatz.

## OV Friesdorf

**Di. 10.4., 20 h: Politischer Stammtisch:**

**Ergebnisse Sanierung Klufferplatz**

mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Cziudaj, Gaststätte Huth, Annaberger Str. 150.

**Sa. 21.4., 10 h: StandPunkt**

mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Cziudaj, Klufferplatz.

**Di. 8.5., 20 h: Politischer Stammtisch:**

**Tagespolitik**

mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Cziudaj, Gaststätte Huth, Annaberger Str. 150.

**Sa. 12.5., 10 h: StandPunkt**

zum Muttertag mit Blümchen, mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Cziudaj, Klufferplatz.

## OV Hochkreuz

**Mi. 9.5., 19 h: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen**

Restaurant La Pergola, Wurzerstr. 7.

**Sa. 12.5., 9:30 h: Muttertagsaktion und**

**Bürgergespräch**

mit Bzv. Elke Melzer, Edeka, Langer Grabenweg.

## OV Mehlem

**Sa. 12.5., 13 h: Bürgersprechstunde**

Café Mehr, Mainzer Str. 199.

## OV Plittersdorf

**Di. 10.4., 19 h: Bürgertreff**

Gaststätte Schaumburger Hof, Am Schaumburger Hof 10.

**Di. 8.5., 19 h: Bürgertreff**

Gaststätte Schaumburger Hof, Am Schaumburger Hof 10.



# Vereinigungen

## Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)

**Mo. 23.4., 20:15 h: Mitgliederoffene**

**Vorstandssitzung**

Vorbereitung für den 1. Mai, Gaststätte Zum Treppchen, Weberstr. 42.

**Di. 1.5., 12 h: 1. Mai Kundgebung**

Bonner Marktplatz.

**Mo. 28.5., 20:15 h: Mitgliederoffene**

**Vorstandssitzung**

Gaststätte Zum Treppchen, Weberstr. 42.

Christian Koecke, Konrad Adenauer Stiftung, Pfarrsaal Kath. St. Barbara Gemeinde, Röttgener Str. 30.

## Frauen Union Kreisverband Bonn

**Di. 10.4., 19 h: Mitgliederoffene**

**Kreisvorstandssitzung**

Thema: Anforderungen an ein neues Grundsatzprogramm der CDU, Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Straße, 63.

## Junge CDA Bonn

**Mo. 23.4., 20:15 h: Offene Vorstandssitzung**

**mit Mitgliederammtisch**

Vorbereitung 1. Mai und Vorbesprechung Bundestagung, Gaststätte Zum Treppchen, Weberstr. 42.

**Di. 1.5., 12 h: Junge CDA auf der**

**Maikundgebung des DGB**

gemeinsam mit der CDA Bonn, Bonner Marktplatz.

## Ost-und Mitteldeutsche Vereinigung Kreisverband Bonn

**Di. 8.5., 20 h: Vorstandssitzung**

Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

## Senioren Union Bad Godesberg

**Mi. 18.4., 15:30 h: Haben Volksparteien noch Zukunft?**

Vortragsveranstaltung mit Staatssekretär a.D. Michael Mertes, Stadthalle Bad Godesberg, Koblenzer Str. 80.

## CDU Kleiderstube Beuel

**Öffnungszeiten: Montag und Donnerstag 13 bis 18 Uhr**

Bonn-Beuel, Kreuzstr. 16.

# Vorstandswahlen

## OV Plittersdorf

Vorsitzender: Nikolaus Kircher; Stellv. Vorsitzende/r: Claudia Liessem, Dr. Siebo Adena; Schriftführer: Eckhardt Liessem; Organisationsleiter: Sandro Heinemann; Mitgliederbeauftragter: Matthias Vogl; Beisitzer: Dr. Olaf Asendorf, Dr. Doris Bischler, Dr. Klaus Stahl.

## OV Poppelsdorf

Vorsitzender: Christian H. Steins; Stellv. Vorsitzende/r: Gabriel Rolfes, Karin Voßen; Schriftführer: Sebastian Tewes; Organisationsleiter: Adrian Brühl; Mitgliederbeauftragte: Dr. Caroline Beige; Beisitzer: Dr. Josefine Hintzen, Martin Hinzmann, Dr. Gaby Kramer, Bernhard Moormann, Ilse Müller-Calinescu, Barbara Ohrloff, Dagmar Seute, Henning Tetz, Dr. Markus Wüst; Ehrenvorsitzender: Helmut Joisten.



**Wir sind auch auf Facebook:**

<http://facebook.cdu-bonn.de>

## Impressum

Union Kurier, Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn  
Herausgeber: CDU-Kreisverband Bonn  
Carl-Troll-Straße 63, 53115 Bonn  
Tel.: 917780  
Fax: 91 77 888  
Homepage: <http://www.cdu-bonn.de>  
e-mail: [unionkurier@cdu-bonn.de](mailto:unionkurier@cdu-bonn.de)  
Bank: Sparkasse KölnBonn  
BIC: COLSDE33XXX  
IBAN: DE19370501980031026008  
Verlag: Infobonn print GmbH,  
Postfach 12 03 05, 53045 Bonn  
Redaktion: Stephan Masseling (v.i.S.d.P.),  
Alisa Topp  
Fotos: CDU Bonn  
Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag abgegolten.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
**Hinweis:** Der Union Kurier enthält Termine und Informationen zu allen Veranstaltungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Bonn. Einladungen versendet die CDU-Kreisgeschäftsstelle nur zu Mitgliederversammlungen mit Neuwahlen.



**CDU Redaktionsschluss 15. Mai 2018**

für die Doppelausgabe Juni/Juli 2018 des Union Kuriers. Bitte denken Sie daran, dass die Termine bis einschließlich 5. August 2018 veröffentlicht werden. Weitere Termine unter [www.cdu-bonn.de](http://www.cdu-bonn.de)